



STADT RATZEBURG
DER BÜRGERMEISTER

Erläuterungen

zur Jahresrechnung **2013**
der Stadt Ratzeburg

Ratzeburg, 19. Februar 2014

1 Vorbemerkungen

1.1 Prüfungsauftrag

In § 94 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein ist die Prüfung der Jahresrechnung durch das Rechnungsprüfungsamt vor der Feststellung durch die Stadtvertretung geregelt. Da die Stadt Ratzeburg kein Rechnungsprüfungsamt unterhält tritt an dessen Stelle der Finanzausschuss, welcher als Rechnungsprüfungsausschuss tätig wird. Inhalt dieser zugewiesenen Pflichtaufgabe ist die Prüfung, ob

- der Haushaltsplan eingehalten,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt,
- bei den Einnahmen und Ausgaben rechtmäßig verfahren und
- die Vermögensrechnung einwandfrei geführt worden ist.

Unter Beachtung dieser Prämissen müsste das **gesamte gemeinwirtschaftliche Handeln des abgelaufenen Haushaltsjahres** geprüft werden. Dies ist praktisch nicht umsetzbar, sodass die Prüfung nach pflichtmäßigen Ermessen beschränkt und auf ein stichprobenartiges Verfahren abgestellt werden kann.

Als Maßstäbe für die Inhalte und Aufgaben der Prüfung gelten dabei Ordnungsmäßigkeit, Rechtmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit des Verwaltungshandelns. Ziel der Prüfung ist es, die Gründe bzw. Ursachen für fehlerhaftes Verhalten zu ermitteln, gegebenenfalls auf Verbesserungsmöglichkeiten hinzuweisen und dazu beizutragen, dass die Leistungsfähigkeit des Verwaltungshandelns erhalten bleibt bzw. gesteigert wird. Die bei dieser Prüfung ermittelten Ergebnisse und gewonnenen Erkenntnisse sind in zusammengefasster Form in einem Schlussbericht aufzunehmen.

1.2 Prüfungsgegenstand/-grundlagen

Der Fachbereich Finanzen stellt die Unterlagen der Jahresrechnung 2013 zur Verfügung. Neben den kassenmäßigen Abschluss und der Haushaltsrechnung sind der Jahresrechnung eine Übersicht über die Schulden und die Rücklagen, ein Rechnungsquerschnitt und eine Gruppierungsübersicht sowie ein Nachweis über die bestehenden Haushaltsreste im Einzelnen beigefügt.

Ferner werden zum Sitzungstag der Haushaltsplan nebst I. Nachtragshaushaltsplan und die Belege, Annahme- und Auszahlungsanordnungen sowie Buchungsanweisungen bereitgestellt.

2 Prüfungsvollzug

2.1 Haushaltsplan- und abrechnung

Die Haushaltssatzung ist eine Pflichtsatzung und bildet die Rechtsgrundlage der gemeindlichen Haushaltsführung für ein Jahr.

Die von der Stadtvertretung in ihrer Sitzung am 10.12.2012 beschlossene Haushaltssatzung wurde mit Beschluss vom 16.09.2013 durch eine I. Nachtragshaushaltssatzung ergänzt. Da die Ursprungshaushaltssatzung zu Beginn des Haushaltsjahres aufgrund der fehlenden Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde noch nicht bekannt gemacht werden konnte, waren bis zum Zeitpunkt ihrer Bekanntmachung die Bestimmungen über die vorläufige Haushaltsführung zu beachten. Diese Einschränkungen bewirken, dass die Zielstellungen, die sich in den Ansätzen des Haushaltsplanes widerspiegeln, hinter das Gebot der Unabweisbarkeit zurücktreten.

Ferner sind in der Finanzwirtschaft Haushaltsgrundsätze entwickelt worden, die die Aufgabe haben, eine möglichst vollkommene Verwirklichung der verschiedenen Funktionen des Etats zu gewährleisten. Die klassischen Haushaltsgrundsätze, auf denen das kommunale Haushaltsrecht aufbaut, sind Ordnungsprinzipien teils im politischen, teils im ökonomischen Sinne.

Gemäß § 6 GemHVO sind Einnahmen und Ausgaben nur in Höhe der im Haushaltsjahr voraussichtlich eingehenden und zu leistenden Beträge zu veranschlagen. Soweit sie nicht errechenbar sind, sind sie sorgfältig zu schätzen. Einnahmen sind nach ihrem Entstehungsgrund und Ausgaben nach Einzelzwecken in voller Höhe und getrennt voneinander zu veranschlagen; die Zwecke müssen hinreichend bestimmt sein. Im Vermögenshaushalt sind die einzelnen Vorhaben getrennt voneinander zu veranschlagen.

Dieser Grundsatz (der Haushaltswahrheit und Klarheit) besagt, dass die in der Haushaltsperiode voraussichtlich eingehenden Einnahmen und voraussichtlich zu leistenden Ausgaben mit größtmöglicher Genauigkeit zu veranschlagen sind. Gleichzeitig enthält er das Verbot, Beträge und Sachverhalte zu verschleiern, vorzutäuschen oder im Hinblick auf eine zu erwartende Kürzung zu hoch anzusetzen. Die Haushaltsklarheit baut hierauf auf und bestimmt, dass der Haushaltsplan transparent aufzumachen und so zu gliedern ist, dass bei den Einnahmen erkennbar wird, wo und in welcher Höhe sie ihren Entstehungsgrund haben und für welchen Zweck und warum in dieser Höhe die Ausgaben zu veranschlagen sind.

Um die Haushaltsausführung transparenter darzustellen, wird die zahlenmäßige Entwicklung laut Veranschlagungen und Rechnungsergebnis in der folgenden Übersicht ausgewiesen:

	HH-Plan 2013	1. Nachtrag	Rechn.-Ergebnis	Abweichung vom Plan
Verwaltungshaushalt:				
Einnahme	18.285.100 €	19.139.000,00 €	21.018.329,90 €	1.879.329,90 €
Ausgabe	20.853.500 €	21.111.500,00 €	21.018.329,90 €	-93.170,10 €
darin Zuführung an VmöHH.	1.010.800 €	987.500,00 €	984.232,10 €	-3.267,90 €
Fehlbedarf/-betrag	-2.568.400 €	-1.972.500,00 €	0,00 €	1.972.500,00 €
Vermögenshaushalt:				
Einnahme	2.179.600 €	3.068.400,00 €	2.759.459,16 €	-308.940,84 €
Ausgabe	2.179.600 €	3.068.400,00 €	2.759.459,16 €	-308.940,84 €
Fehlbedarf/-betrag	0 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €

Die Jahresrechnung schließt im **Verwaltungshaushalt** mit bereinigten Soll-Einnahmen und mit bereinigten Soll-Ausgaben von 21.018.329,90 € ab, weist somit keinen Fehlbetrag aus und ist damit ausgeglichen. Das geplante Defizit (Fehlbedarf) von 1.972.500,00 € konnte durch Verbesserungen aus Mehreinnahmen und Minderausgaben bei den einzelnen Einnahme- und Ausgabepositionen in allen Unterabschnitten komplett aufgefangen werden.

Der **Vermögenshaushalt** schließt mit bereinigten Soll-Einnahmen und mit bereinigten Soll-Ausgaben in Höhe von 2.759.459,16 € ab, weist somit keinen Fehlbetrag aus und ist damit ausgeglichen. Hier konnte die vorgesehene Kreditaufnahme in Höhe von 333.800,00 € um 50.249,19 € auf 283.550,81 € gesenkt werden.

2.2 Haushaltsrechnung

Die Haushaltsrechnung ist gemäß § 37 GemHVO Bestandteil der Jahresrechnung und das Ergebnis der gesamten Finanzvorfälle des Haushaltes. Nachzuweisen sind gem. § 38 und 39 GemHVO:

- die Soll-Einnahmen und die Soll-Ausgaben,
- die Ist-Einnahmen und die Ist-Ausgaben bis zum Abschlusstag,
- die Kasseneinnahme- und ausgabereste,
- die Haushaltsansätze,
- die über- und außerplanmäßigen Ausgaben,
- die Haushaltseinnahme- und ausgabereste.

Die Haushaltsrechnung schließt im Ergebnis mit bereinigten Soll-Einnahmen und Soll-Ausgaben in Höhe von 23.777.789,06 € ab.

Verwaltungshaushalt

Gegenüber der Planung schließt der **Verwaltungshaushalt** mit einem in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenem Rechnungsergebnis von 21.018.329,90 € ab.

Unter Einbeziehung der Abwicklung der Reste aus Vorjahren ergeben sich gegenüber den Haushaltsansätzen:

Mehreinnahmen	1.947.275,36 €	Mehrausgaben	584.186,97 €
Mindereinnahmen	50.631,16 €	Minderausgaben	1.070.202,80 €
saldiert		saldiert	
Mehreinnahmen	1.896.644,20 €	Minderausgaben	486.015,83 €
neue HER	- €	neue HAR	395.769,65 €
<u>Abgänge</u>		<u>Abgänge</u>	
alte HER	- €	alte HAR	2.923,92 €
alte KER	17.314,30 €	alte KAR	- €
Mehreinnahmen	1.879.329,90 €	Minderausgaben	93.170,10 €

In diesen Zahlen sind die Ausgleichsbuchungen zwischen Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt sowie weitere Jahresabschlussbuchungen enthalten.

Der Abgang auf Haushaltsausgabereste aus Vorjahren (HAR) wirkt sich positiv aus. Der Abgang auf Kasseneinnahmereste (KER) wirkt hingegen auf das Ergebnis negativ, weil die Forderungen nicht vereinnahmt werden konnten.

Anzumerken bleibt, dass nach erfolgter Pflichtzuführung zum Vermögenshaushalt in Höhe der ordentlichen Tilgungsleistungen der Verwaltungshaushalt mit einem Soll-Überschuss von 328.479,88 € abschloss. Dieser Betrag ist in den oben dargestellten Mehrausgaben von 584.186,97 € enthalten und diente der außerplanmäßigen Fehlbetragsabwicklung des vom Vorjahr vorgetragenen Soll-Fehlbetrags von 1.570.169,07 €, sodass folglich die im Haushaltsjahr 2014 vorgesehene Fehlbetragsabdeckung entsprechend reduziert werden kann.

Vermögenshaushalt

Gegenüber der Planung von je 3.068.400,00 € schließt der **Vermögenshaushalt** mit einem in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenem Rechnungsergebnis von 2.759.459,16 € ab.

Unter Einbeziehung der Abwicklung der Reste aus Vorjahren ergeben sich gegenüber den Haushaltsansätzen:

Mehreinnahmen	119.505,04 €	Mehrausgaben	18.863,37 €
Mindereinnahmen	931.589,53 €	Minderausgaben	1.699.073,55 €
saldiert		saldiert	
Mindereinnahmen	812.084,49 €	Minderausgaben	1.680.210,18 €

neue HER	866.950,81 €	neue HAR	1.690.541,55 €
<u>Abgänge</u> alte HER	363.807,16 €	<u>Abgänge</u> alte HAR	319.272,21 €
alte KER	- €	alte KAR	- €
Mindereinnahmen	308.940,84 €	Minderausgaben	308.940,84 €

In diesen Zahlen sind die Ausgleichsbuchungen zwischen Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt sowie weitere Jahresabschlussbuchungen enthalten. Der Abgang auf Haushaltsausgabereste aus Vorjahren (HAR) wirkt sich positiv aus. Der Abgang auf Haushaltseinnahmereste (HER) wirkt hingegen auf das Ergebnis negativ.

2.3 Kassenmäßiger Abschluss

Der kassenmäßige Abschluss nach § 38 GemHVO, der sich aus dem Abschluss der Buchungsunterlagen der Stadtkasse (Zeit- und Sachbuch) zum Jahresende ergibt, ist als Bestandteil der Jahresrechnung beigefügt. Auf eine Wiederholung wird an dieser Stelle verzichtet.

Der buchungsmäßige Kassenbestand belief sich am Ende des Haushaltsjahres 2013 auf **1.148.841,55 €**. Er setzt sich zusammen aus:

Ist-Fehlbestand im Verwaltungshaushalt	1.134.921,43 €
Ist-Bestand im Vermögenshaushalt	2.283.762,98 €
<u>Gesamt (Ist-Bestand)</u>	<u>1.148.841,55 €</u>
Verwahrgelder/Vorschüsse	0,00 €
<u>buchungsmäßiger Kassenbestand</u>	<u>1.148.841,55 €</u>

Verprobung des kassenmäßigen Abschlusses

Zur Feststellung der Richtigkeit der im kassenmäßigen Abschluss ermittelten Ergebnisse wurde eine Verprobung der Reste (Haushalts- und Kassenreste) mit den Ist-Ergebnissen vorgenommen:

Verwaltungshaushalt		Vermögenshaushalt	
Ist-Einnahmen	22.165.124,26 €	Ist-Einnahmen	6.598.820,39 €
abzgl. Ist-Ausgaben	23.300.045,69 €	abzgl. Ist-Ausgaben	4.315.057,41 €
Ist-Fehlbestand	1.134.921,43 €	Ist-Bestand	2.283.762,98 €
zzgl. neue HER	- €	zzgl. neue HER	866.950,81 €
zzgl. HER VJ	- €	zzgl. HER VJ	556.900,00 €
zzgl. neue KER	1.519.599,98 €	zzgl. neue KER	788,50 €
abzgl. neue HAR	395.769,65 €	abzgl. neue HAR	1.690.541,55 €
abzgl. HAR VJ	- €	abzgl. HAR VJ	2.018.616,25 €
abzgl. neue KAR	-11.091,10 €	abzgl. neue KAR	-755,51 €
Differenz muss 0 sein	0,00 €	Differenz muss 0 sein	0,00 €

Die Verprobung des Ergebnisses des kassenmäßigen Abschlusses ergab keine Abweichung.

2.4 Rücklagen

Als Rücklagen werden die Geldbeträge bezeichnet, die als Teil des Gemeindevermögens außerhalb des Haushaltsplanes vorgehalten werden, um künftige Haushaltsjahre zu finanzieren bzw. bei Bedarf den Kassenbestand zu verstärken. Im Wesentlichen dient die allgemeine Rücklage der Finanzierung von Investitionen.

Der Bestand der allgemeinen Rücklage zum Jahresabschluss 2013 beträgt **10.060,39 €**. Eine vollständige Entnahme ist im Haushaltsjahr 2014 vorgesehen.

2.5 Schulden

Gemäß § 37 Abs. 2 Nr. 2 GemHVO ist der Jahresrechnung eine Übersicht über die Schulden beizufügen, aus der der Schuldenstand zu Beginn und am Ende des Haushaltsjahres ersichtlich ist.

Entsprechend der Übersicht zur Jahresrechnung hat sich der Schuldenstand aus Krediten im Haushaltsjahr 2013 wie folgt entwickelt:

Stand am 01.01.2013:	9.948 T€	
+ Neuaufnahme	604 T€	Haushaltseinnahmerest aus 2012
<u>./. planm. Tilgung</u>	<u>973 T€</u>	
<u>Stand am 31.12.2013</u>	<u>9.579 T€</u>	

Darüber hinaus konnte in der Jahresrechnung 2013 die im Haushaltsplan vorgesehene Kreditaufnahme von 333.800,00 € um 50.249,19 € auf **283.550,81 €** gesenkt werden. Dieser Betrag wurde als neuer Haushaltseinnahmerest (HER) in das Haushaltsjahr 2014 übertragen.

Kassenkredite

Zur kurzfristigen Liquiditätsüberbrückung mussten im Haushaltsjahr 2013 mehrmals Kassenkredite aufgenommen werden. Zum Jahresende betrug der Kassenkreditbestand 2,0 Mio. €.

2.6 Belegprüfung

Ziel der Belegkontrollen ist die Feststellung, ob

- die angeordneten Einnahmen und Ausgaben den angegebenen Haushaltsstellen richtig zugeordnet worden sind,
- die Anordnungen korrekt erstellt und von den dazu Ermächtigten unterzeichnet wurden,
- den Anordnungen die notwendigen begründenden Belege beigefügt waren,
- die richtige Lieferung/Leistung als Teilbescheinigung der sachlichen Richtigkeit bescheinigt wurde,
- die Skontoabzugsmöglichkeiten beachten wurden,
- die Fälligkeiten richtig benannt worden sind und
- das Kassenwirksamkeitsprinzip Beachtung findet.